

**„Widerstand und Alltag
im Zeichen
europäischer Austerität“**

**Eine Veranstaltungsreihe mit
Per'volarides Thessaloniki
in verschiedenen Städten
der Bundesrepublik.**

Die Veranstaltungsreihe erfolgte im Kontext der Aktivitäten der

AG Graswurzel Frankfurt/Main

im Netzwerk der Griechenland-Solidarität

und wurde lokal mitgetragen von:

in Frankfurt/M:

Interventionistische Linke, attac Frankfurt, türkisches Volkshaus;

in Mainz:

attac Mainz SDS Mainz, DGB, Linkswärts e.V.

in Freiburg:

Gartencoop, autonomes Zentrum, Hausgruppen des Mietshäuser-Syndikats;

in Darmstadt:

attac Darmstadt, kein Mensch ist illegal, Gewerkschaften, SoLaWi-Gruppen, Anitra.

Gefördert und damit letztlich auch erst möglich von der

Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Unser besonderer Dank gilt den Mitarbeiter*innen, die sich redlich mit mir abmühen mussten.

Frankfurt/Main im Mai 2016

Karl Bruder

A) Hintergrund und Kontext

I

In Griechenland zeigt sich aktuell, in allen Lebensbereichen und in aller Offenheit, dass die hegemonialen Allianzen zur Durchsetzung ihrer Ziele der Umgestaltung ihrer Akkumulationsregime bereits sind, die basalen Existenzgrundlagen der breiten Mehrheiten der Bevölkerung zur Disposition zu stellen. Hierfür betreiben sie ebenso offen die Dekonstruktion und Aushöhlung der Reste liberal-demokratischer Institutionen und „loten so nebenbei aus“, wie weit sie dies treiben können, wie viel Elend sie den Menschen zumuten dürfen, ohne gewaltsame Eruptionen hervorzurufen.

Dieses Experiment trifft auf eine Linke, die zumindest in ihren repräsentativen Teilen trotz großer Zustimmung nicht in der Lage war, Programm und Willen der Bevölkerung umzusetzen. Sie ließ sich die zentralen Instrumente für staatsinterventionistische Antworten auf die Austeritätspolitiken aus den Händen nehmen und hat sich zu großen Teilen auch von den Basis-Bewegungen abgekoppelt.

Dies lässt sich nicht mehr unter den Teppich kehren.

Was in den Städten an Produktion noch vorhanden ist, ist Teil des Problems und selbst, wenn es gelänge, diese aufrecht zu erhalten, fänden die Produkte keinen Absatz mehr, weil die Käufer fehlen.

So breitet sich vor allem in den Städten der absolute Mangel aus, dem lediglich auf Zeit, in räumlicher Beschränkung und immer nur ungenügend begegnet werden kann. Mittlerweile erreicht dieser Zustand die mittleren Strata der Gesellschaft, womit für gegenseitige Hilfe immer weniger Ressourcen mobilisiert werden können.

Eine zunehmende Zahl von Menschen ist außerstande aus eigener Kraft ihre Bedarfe zu decken; die Stadt ist mit Entzug ihrer Basis, des Kredits, ihres Grundversprechens beraubt, Ort eines einigermaßen gelingenden Lebens für alle zu sein.

„Niedere“ Dienstleistungen werden immer weniger nachgefragt und äußerst prekäre Jobs werden zunehmend zur „Mangelware“. Die Perspektive für wachsende Teile oszilliert zwischen Suppenküche und Mülltonne.

Gerade den jungen Menschen, egal welchen Qualifikations-Anstrengungen sie sich unterzogen haben mögen, bleibt die Aussicht, sogar für den „Glücksfall“ eines Normal-Arbeitsverhältnisses, geradewegs in die Alters-Armut zu schlittern. Schon deswegen geben es immer mehr auf, sich überhaupt noch um solche „Jobs“ zu bewerben. Die ihnen versprochene Entfaltung ihrer Fähigkeiten erschöpft sich in der Suche nach kurzfristigen und ebenso kurzen Sicherungen ihres Überlebens.

Dies lässt alle Diskussionen hinsichtlich einer Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes obsolet werden.

In dieser Situation, in der es an nahezu allem mangelt, was zu den existenziellen Grundlagen zu

zählen ist, wird die Abhängigkeit von Krediten weiter erhöht und die Massenkaufkraft drastisch dezimiert.

Unter dem Banner fiskalisch „neutraler“ Reformen geht es aktuell um die Zerschlagung kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe – und zwar flächendeckend – was den städtischen Widerstand gegen die Austeritäts-Regimes weiter auszehrt und die Menschen vollständig den Kalkulationen transnationaler Ketten überantwortet.

Führt man diese Aspekte zusammen, lässt sich das Ausmaß neoliberaler Experimentierfreude nur unter großen Verbiegungen noch unterschätzen, der vollständige Verkauf öffentlicher Güter wie der Infrastruktur ist dann nur noch konsequent.

II

Angesichts des Umstandes, dass dieser Misere vor allem in den größeren Städten, mit humanitären Aktionen immer weniger beizukommen ist, deren Grenzen zudem absehbar sind und immer enger gezogen werden, wird der Aufbau alternativer, solidarischer Strukturen zu einer immer dringlicheren Angelegenheit.

Unter der Überschrift „*Solidarische Landwirtschaft bzw. Solidarischer (Sozialer) Ökonomie*“ formieren sich überall städtische Initiativen, die über eine Verbindung der aktuellen Kämpfe der Bauern und ihrer Bewegungen hinaus, versuchen, dauerhafte Strukturen aufzubauen.

Dies stellt für die meisten von ihnen ein absoluten Neubeginn dar und ist zudem noch mit den repressiven Staats-Apparaten belastet. So gibt es ein Gesetz, das Direktmärkte von Erzeugern in Orten mit mehr als 3.000 Einwohnern verbietet und außer in Athen von der Polizei regelmäßig gewaltsam durchgesetzt wird (immer noch muss man sagen, da es die Mehrheiten für seine Abschaffung schon längst gibt).

Dieser Aufbau verlangt Präsenz und Aktivität auf mehreren Ebenen und ist auf internationale Unterstützung dringend angewiesen.

Letzteres benötigt anderer Produktionsformen in der Stadt, die sich von der Notwendigkeit, nur über Kredit – Geld – finanzierbar zu sein, lösen.

Die Umorientierung ökonomischen Handelns kann unter den gegebenen Verhältnissen nur von der Basis aus angegangen werden und muss in lokale/regionale Kontext eingebettet sein. Es kann auch nicht darum gehen, Forderungen an den Staat zu stellen, sondern im Gegenteil und in erster Linie dessen Forderungen, die aus den Bedingungen der Memoranden resultieren, ins Leere laufen zu lassen.

III

Der Umbau des ganzen Landes zu einem „Chartered Country“ entblößt die Menschen dort in Griechenland all ihrer mühsam errungenen Rechte. Damit ist eine Form von Herrschaft charakterisiert, die über das Gerede vom Protektorat weit hinausgeht.

Dagegen lässt sich die Schaffung von Erzeuger- und Produktionsgenossenschaften setzen, die

mehr sind als eindimensional ausgerichtete Unternehmungen, eingebettet in Gemeinschaften, die Perspektiven für die „Überzähligen“ (welch entlarvende Wortschöpfung) greifbar machen. Eine Zuwendung zu solidarischer Landwirtschaft hat demnach wenig zu tun mit der romantischen und romantisierenden Vorstellung vom einfachen Leben und schon gar nichts mit der Rückkehr zu einem wie auch immer gearteten Status quo ante.

Hierbei kann von den Ansätzen des Community-building gelernt werden, da in diesen Kontexten die einzelnen Projekte in Lebenszusammenhänge eingebettet sind, die über die formale Reduktion hinausgehen. Auch sollte hier ein Blick auf vergangenen wie aktuelle Bewegungen hilfreich sein, wie es z. B. die frühe Kibbuzim-Bewegung erlebte oder heute die Zapatistas in Mexiko praktizieren, ebenfalls können hilfreiche Anregungen aus der zumeist übersehenen und doch starken Community-Bewegung in den USA gewonnen werden.

B) Veranstaltungen

Hierzulande existieren seit einigen Jahrzehnten Gruppen, die sich infolge der Ökologie-Debatten gebildet hatten und sich um solidarische Landwirtschaft bemühen. Diese Gruppen verfügen über langjährige Erfahrungen und dichte Vernetzungen. Sie sind aus ihrer praktischen Erfahrung in der Lage, die Grundlagen zu benennen, die für bestimmte Formen einer solchen Praxis unumgänglich sind.

In Zusammenarbeit mit dem Forum Solidarische Ökonomie und attac Frankfurt sollen Fragen diskutiert werden, die in einem Praxis-Zusammenhang stehen und auf Unterschiede sowie mögliche zeitliche Ungleichheiten der Entwicklung beleuchten.

Mit diesen Veranstaltungen wird im wesentlichen zweierlei verfolgt:

1. Praxis-bezogene Gesichtspunkte von Kooperation und Fragen konkreter Solidarität
2. Überregionale Aspekte solidarischen Wirtschaftens und dessen Einbettung in die Widerstände in Stadt und Peripherie.

Dazu sind folgende Veranstaltungen geplant und wurden Kooperationen eingegangen:

a) Frankfurt am Main

absoluter und relativer Mangel – Unterschiede und Verwundbarkeiten städtischen Widerstandes, Peripherie und Zentren im Angesicht von Austerität und Abschottung

b) Freiburg/Breisgau

Aufbau solidarischer Landwirtschaft – Voraussetzung städtischen Widerstands?

c) Darmstadt

Wie kann Unterstützung praktisch werden. Welche Bedeutung hat solidarische Landwirtschaft in der Auseinandersetzung mit den Austeritäts-Regimen.

d) Mainz

Wirtschaften ohne Kapital – Die Gärtner Thessaloniki.

Hierfür ist ein Vertreter der städtischen Basisbewegungen aus Thessaloniki eingeladen, der sich seit Jahren an prominenter Stelle im städtischen Widerstand bewegt (Wasser-Privatisierungskampagne, No Middlemen-Bewegung, Graswurzel-Initiativen, Solidarity4All, Syriza).

Er wird über die aktuelle Situation berichten, die Probleme beim Aufbau dieser Graswurzelgruppen wie Fragen der notwendigen Solidaritäts-Aktionen und Kooperationen beleuchten.

Er ist ein Aktivist, der sich in der gleichen Lage befindet, in die sich zunehmend mehr Griech*innen gezwungen sehen und kennt deshalb die Situation, in der man sich fragen muss, wie lange man es noch in der gewohnten Umgebung aushalten kann. Perspektive kommt hier nicht mehr vor.

Diese Veranstaltungen sind ein Teil eines mittel- und langfristigen Projekts zum Thema „Solidarische Ökonomie“ in Europa. Sie wurden vorgezogen, weil die Lage in Griechenland derzeit – zur Antragstellung – an vielen Fronten eskaliert und wir der Ansicht sind, dass eine Verbindung praktischer Kooperation und öffentlicher Diskussion notwendig und sinnvoll ist.

Die Androhung flächendeckender Zwangsräumungen von Wohnungen und die absehbaren Zwangsvollstreckungen in bäuerliche Betriebe sind uns Anlass genug für unser Vorgehen.

Die katastrophalen Zustände, die aus den Kriegen der hegemonialen Mächte resultieren, kommen zu den strukturellen Schwierigkeiten noch potenzierend hinzu.

C) Referat

Griechenland:

Graswurzel-Bewegungen und solidarische Ökonomie gegen die Krise.

Graswurzel-Bewegungen und solidarische Ökonomie als Träger des Übergangs in eine neue Gesellschaft.

Einige Fakten und Erscheinungen der Krise in Griechenland:

- 6 Jahre, 3 Memoranden und kein Ende;
- 2009; GDP: 237,5 €
- 2016; GDP: 177,0 €
- 1/5 der Bevölkerung ist ohne jeden Zugang zu den Gesundheitsdiensten
- Schulden 2009: 300 Milliarden €
Schulden 2016: 318 Milliarden €
- 23,1 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze
- Arbeitslosenquote 2009: 9,6%
- Arbeitslosenquote 2016: 25%
- 1,35 Mio. Menschen ohne Erwerbsarbeit
- Arbeitslosenquote der jüngeren Menschen (>25 J.): 50%
- die offizielle Zahl erfasst keinen Freiberufler und Selbständige, die ohne Arbeit sind

Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte:

bei einer Bevölkerung von etwa 10 Mio. Menschen haben bereits 300.000 Leute, zumeist jung und hoch qualifiziert, das Land verlassen;

viele von ihnen waren politisch aktiv während der Memoranden-Jahre. Sie waren der Treibstoff, der politischen Widerstand und Bewusstsein angetrieben hat.

Zum geopolitischen Faktor:

Zerstörung einer ganzen Region (Nordafrika, Naher Osten, Balkan, Ukraine).

Die Flüchtenden , mehr als eine Million Menschen, kamen durch Griechenland 2015, um nach Norden zu gelangen.

50.000 Migrant*innen/ Flüchtende befinden sich in Lagern im ganzen Land oder harren an der grenze nach Mazedonien.

Während der Memoranden-Zeit entstanden massive Bewegungen, die wichtigsten darunter:

„Wir zahlen nicht“

Diese Bewegung formierte sich zwischen 2008 und 2012. es war eine nationale Angelegenheit ohne zentrale Administration oder Führer.

Aktionen: Weigerung die Mautgebühren zu zahlen, Widerstand gegen den Soli-Zuschlag, Null-Tarif in öffentlichen Verkehrsmitteln usw.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: der Soli-Zuschlag sollte angeblich gezielt den ärmsten Schichten der Bevölkerung zugute kommen, wurde tatsächlich aber direkt an die Banken und andere Schuldner überwiesen. Die Mautgebühren sind für Griech*innen eine exorbitante Belastung, so dass sich spontane Gruppen bildeten, die einfach die Schranken offen hielten, um alle durchzulassen.



„Aganaktismenoi (Indignados)

Im Mai bis September 2011 hielten zehntausende die Plätze besetzt, sie diskutierten über Wege zur direkten Demokratie, forderten Transparenz des politischen Lebens.

Massenhafte Versammlungen auf den zentralen Plätzen der Städte und schliesslich mehr als 500.000 Menschen bei der grössten Demonstration in Athen



Volksparade Thessaloniki 28. Oktober 2011



„Keine Zwischenhändler“

Die Versorgungslage für weite Teile der Bevölkerung in den Städten ist katastrophal, deshalb entschlossen sich die verschiedenen Initiativen die Zwischenhändler auszuschalten. Unter Samaras wurde schnell ein Gesetz verabschiedet, dass den Bauern (Erzeugern) untersagt, ihre Produkte direkt in Gemeinden über 3.000 Einwohnern zu verkaufen. Die Einrichtung solcher Direktmärkte wurde dann durch eine Strafanzeigen-Kampagne gestoppt (bis auf Athen, wo der Widerstand nicht mit Polizeigewalt gebrochen werden konnte). Eine Gesetzesvorlage, die hier eine Änderung bringen sollte, hängt immer noch in Athen an.

Syriza

Die Wahlen von 2012, Mai – Juni

Syriza erhält die zweitmeisten Stimmen.

IN der Öffentlichkeit herrschte eine Logik vor, die Aktionen an die Partei delegierte: „Wenn Syriza an die Regierung kommt, wird alles in unserem Sinne geregelt werden.“

diese Logik wurde von weiten Teilen Syrizas unterstützt, und tatsächlich Schritt für Schritt ebte der Widerstand ab.

Auch heute, fast ein Jahr nach dem Referendum, gibt es keinen wirklich tauglichen Plan, wie sich die Lage in diesem Land für den Großteil der Bevölkerung nachhaltig bessern liesse. Im Gegenteil die SYRIZA-Regierung setzt alles durch, was von den „Institutionen“ ihr aufgezwungen wurde und weiter wird.

Die Süd-Ost-Flanke der EU:

etwa 1,5 Mio. Migrant*innen/Flüchtende sind durch Griechenland gezogen, um nach Nordeuropa zu gelangen, die meisten von Syrien, Afghanistan und Pakistan. Aktuell warten ca. 50.000 in Lagern, was weiter geschehen soll. Andere werden in „sichere“ Länder wie die Türkei abgeschoben. Laut Vereinbarung für jeden, der zurück in die Türkei verbracht wird, darf ein Syrer nach Nordeuropa. Von täglich 2-3.000 Neuankömmlingen ging die Zahl auf wenige Hundert zurück. Die Solidarität im Land und auch aus anderen Ländern ist immer noch hoch. Der Staat pfercht sie in Lager, in denen gerade die einfachste Infrastruktur vorhanden ist. Gelegentlich werden sie von der Armee mit Unterkunft und Nahrung versorgt. Die Hauptlast wird von den solidarischen Kliniken, Initiativen und NGOs getragen.

Idomeni, ein kleines Dorf an der Nordgrenze zu Mazedonien ist zum Sinbild der Schande Europas geworden. 15.000 harren noch immer dort aus, in der Hoffnung, die Grenze würde doch wieder geöffnet. Vom Staat erfolgt hier keinerlei Unterstützung, weil er sie zwingen will, in die abgeschirmten Lager zu ziehen.

Graswurzel-Bewegungen

Hunderte von Graswurzel-Initiativen haben sich gegründet, um die Lücken zu füllen, die durch den Rückzug der Regierung entstanden sind. Sie werden dabei von tausenden unterstützt. Sie sind tief in der Seele und den Herzen unserer Menschen verankert, sie engagieren sich in sozialen Netzwerken, geben Anschauungs-Unterricht in Solidarität und Humanität.

Dabei verfolgen diese Initiativen sowohl in ihrer Praxis als auch nach ihrem politischen Selbstverständnis (direkte Demokratie, Mobilisierung und gegenseitige Hilfe) ihre Selbstauflösung in einem Staat, der Lebensmittel, Gesundheit, Bildung etc. als selbstverständliche und allgemeine Rechte behandelt.

Aktuell stehen die Graswurzel-Initiativen für:

- Deckung des Bedarfs an Lebensmitteln für weite Teile der Bevölkerung;
- Schaffung alternativer Strukturen im öffentlichen Gesundheitswesen;
- freier Unterricht für Kinder;
- Griechisch-Unterricht für Immigrant*innen und Flüchtende;
- Kleidertausch-Börsen;
- Unterricht am PC;
- Rechtsberatung für Griech*innen, Immigrant*innen und Flüchtende;
- umfassende Betreuung von Flüchtenden;
- Kultivierung aufgegebenen Flächen durch Arbeitslose zur Selbstversorgung.

Die Aktivitäten lassen sich in zwei grosse Bereiche einteilen:

1. die Interventionen zur Linderung unmittelbarer Not-Situationen und
2. mittel- bis langfristige Unternehmungen zum Aufbau nachhaltiger solidarischer Strukturen.

Kurzfristige Interventionen:

- einsammeln und verteilen von Fisch/Früchten/Gemüse von den Großmärkten, die von den Händlern zur Verfügung gestellt werden;
- Verteilen von abgepackten Lebensmitteln, die gespendet wurden;
- Suppenküchen;
- Lebensmittel und Hygiene-Artikel für Immigrant*innen und Flüchtende;
- Arzneimittel und Verbrauchsmaterial für die sozialen Kliniken;
- Babynahrung und Windeln, Cremes etc.;
- gebrauchte elektronische Geräte, um die Kommunikationslücken zu schliessen, die durch die Krise entstanden sind.

Mittel- und langfristige Interventionen:

- Kultivierung brachliegender Flächen (entweder wurden sie verlassen oder überlassen) zur Selbstversorgung;
- Herstellung von prozessierten Lebensmitteln;
- Honig-Produktion;
- Oliven- und Obst-Ernte.

Es geht um Zusammenarbeit und den Aufbau anderer Beziehungen, die auf Vertrauen zwischen den Menschen basieren, insbesondere den schwächeren Mitgliedern der Gruppen. Dies steckt in Griechenland noch in den Kinderschuhen und wartet auf neue „Instrumente“, die der Staat bereitstellt, um diese Form der Ökonomie zu befeuern. Diese „Instrumente“ ersetzen aber kaum das gegenseitige Vertrauen. Dieses Ziel muss erreicht werden und es wird nicht darüber funktionieren, dass „normale“ Unternehmen gegründet werden, sondern eher informelle Initiativen sich bilden, die auf Nachhaltigkeit und nicht auf Markt-Tauglichkeit basieren, sondern auf den Bedarfen der Menschen.

Dazu bedarf es der Kooperation, der gegenseitigen Sorge, wir müssen uns aufmachen, um unsere Würde zu wahren und sie nicht von der Lohnarbeit abhängig zu machen. Entdecken wir unsere Kreativität und Innovations-Kraft.

Was tut man, wenn das eigene Haus brennt?



Es gibt zwei Dinge zu tun:

man versucht, zu löschen.

Hierher gehören die Verteilung von Nahrungsmittel, Unterkunft, Krankenversicherung für alle, die es benötigen. Eine kurzfristige Angelegenheit, um das Schlimmste abzuwenden<,

man baut das Haus wieder auf.

Aufbau einer sozialen Ökonomie, Schaffung von Gruppen, die sich selbst versorgen können, Erzielung kleiner Einkommen. Dies ist längerfristig angelegt.

Um die angesprochenen Probleme in den Griff zu bekommen, haben sich in Griechenland viele Gruppen gebildet, deren Bemühen dahin geht, alltägliche Aktionen der Solidarität zu organisieren. Diese Graswurzel-Bewegung geht weiter und es kommt jetzt darauf an, dass es ihnen gelingt, nachhaltige Strukturen aufzubauen.

Griechenland: ein Land im Übergang.

Es ist eine ökonomische, politische, soziale und kulturelle Krise, die wir gerade durchleben.

Der geopolitische Faktor: nahezu die gesamte Nachbarschaft ist zerstört, wir fragen uns, wann sind wir soweit?

Das traditionelle Zentrum ist kollabiert, es gibt eine signifikante Reduzierung der Rechten, bei gleichzeitigem Aufstieg der extremen Rechten.

Aber auch eine massive Mobilisierung.

Es folgt der Aufstieg von Syriza mit der Verbreitung der Delegation der Lösung der Probleme an diese Regierung. Die Erwartungen werden von der linken Regierung nicht erfüllt. Es folgen Enttäuschung und Rückzug aus der Politik, die Mobilisierung geht zurück.

Die Menschen kommen zusammen, erwarten jedoch nichts mehr und sind weniger bereit zu kämpfen. Es herrscht die stille Wut vor, die meisten sehen keine Perspektive.

Allerdings gibt es eine Massenmobilisierung für Immigrant*innen und Flüchtende. Nicht nur getragen von linken Aktivist*innen, sondern von den „Normalos“, die Nahrungsmittel, Unterschlupf, Kleider besorgen.

Junge Leute, der Brennstoff der Veränderungen verlassen das Land.

Vergleichende Betrachtung der Veranstaltungen in den verschiedenen Städten

Vorab ist zu bemerken, dass im Unterschied zu Freiburg in den anderen Städten der Altersdurchschnitt recht hoch war, wobei in Frankfurt jüngere Menschen kaum und die Generation zwischen 35 und 45 gar nicht anzutreffen war. Am besten durchmischt zeigte sich das Auditorium in Darmstadt, in dem zwischen 20 und 80 alles vertreten war, auch was unterschiedliche Gruppen-Zugehörigkeit angeht.

Die Informations-Defizite sind immer noch hoch, was immer wieder zu Diskussionen führt, wie sie aus der Mainstream-Presse bekannt sind. Ein gutes Beispiel waren Diskussionen betreffs der Verweigerung der Sondersteuer (Soli-Steuer). Diese speziell eingeführte Steuer sollte den Griech*innen vorgaukeln, dass es hier um einen Beitrag zur Stützung sozialer Aufgaben ginge, diente jedoch nur zur buchhalterischen Schönfärbung der Haushaltslage.

Im wesentlichen verliefen die Diskussionen nach den eindringlichen Referaten von Filippos Lapatsidis aus Thessaloniki über die Auswirkungen der Austeritätspolitiken auf den Alltag in Griechenland entlang zweier Hauptlinien: einmal betraf es die Informationen, die hierzulande erhältlich sind, wobei die Mainstream-Berichterstattung als hochgradig tendenziös empfunden wurde und auch diejenigen, welche von sich vorher meinten, sie seien ausreichend informiert, waren über das Ausmaß gesellschaftlicher Verwerfungen in Griechenland und der Verheerungen sehr erstaunt. Sie wünschten sich weitere Veranstaltung dieser Art.

Das Ausmaß der bereits eingetretenen Zerstörung sowie der jetzt anstehenden der wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen und die Aussichtslosigkeit, auf eine Unterstützung der Regierung hoffen zu können, mit der Veränderungen eingeleitet werden könnten, hat die meisten der Zuhörer*innen sehr verstört und einigermaßen fassungslos gemacht. Das Bild einer linken Regierung, die diese Maßnahmen mit aller Härte durchzusetzen hat, kontrastiert extrem mit den Wünschen und Vorstellungen, die auch hierzulande verbreitet waren, die mit deren Antritt verknüpft wurden. So verschob sich der Fokus der Diskussionen auf Möglichkeiten und Bedingungen der Selbstorganisation und die möglichen Einflüsse internationaler Solidarität.

Dieser zweite grosse Strang der Diskussion war breit gefächert und von den unterschiedlichen lokalen Erfahrungen mit Projekten einer derartigen alternativen Struktur geprägt, folgte demnach unterschiedlichen Schwerpunkten und Mustern.

In Freiburg mit seiner Vielzahl unterschiedlichster Projekte (Mietshäuser-Syndikat, Gartencoop, autonome Zentren) war die Diskussion sehr konkret und betraf die Schwierigkeiten und den Umfang der horizontalen Strukturen in Griechenland. Die Gespräche in den selbstverwalteten

Einrichtungen, hier v.a. Gartencoop aber auch Hausgruppen im Rahmen des Syndikats, handelten in erster Linie von der extrem unterschiedlichen Ausgangslage. Können sich die Alternativen in Freiburg auf ein Umfeld beziehen, das über ausreichende Ressourcen verfügt und zu großen Teilen auch bereit stellt, so ist die Situation absoluten Mangels in Griechenland gerade für städtische Initiativen im Bereich Lebensmittel-Sicherheit und der dazu notwendigen Strukturen infolge des nahezu ausgeschlossenen Zugangs zu Kredit äußerst problematisch. Nicht-monetäre Modelle stossen auf eine Reihe von Schwierigkeiten.

Hier macht sich zudem das Fehlen einer nennenswerten Öko-Bewegung, wie wir sie in Deutschland kennen, bemerkbar, vor allem, da Verbindungen mit bäuerlichen Betrieben erst zögerlich hergestellt werden und Erfahrungen mit biologischem Anbau nicht sehr weit verbreitet sind. Dadurch hat es auch nie einen wirkungsvollen Einfluss auf die Agrarpolitik der Regierungen gegeben. Hier ist ein Know-how-Transfer wünschenswert und zum Teil Bedingung.

Die Ansätze, verschiedene Formen der Kredit-Gewährung dafür nutzbar zu machen, um Anschub-Finanzierungen für im Aufbau befindliche Projekte zu ermöglichen, kamen allesamt schnell zu einem unbefriedigenden Ende – woher die Gelder auftreiben.

Von Ratlosigkeit durchzogen waren Überlegungen, wie aus den vielen einzelnen Projekten die Bildung von Strukturen und zu einer wirkmächtigen Bewegung gelingen könnte und wie diese Prozesse von außen am besten zu begleiten seien.

Die Diskussionen machten deutlich, dass in einer Situation wie derzeit in Griechenland mit den herkömmlichen Instrumenten und Kampfformen nicht mehr genug ausgerichtet werden kann. Forderungen an den Staat sind nicht zielführend, schon weil sie von diesem überhaupt nicht beantwortet werden können. Die nahezu komplette Aushöhlung der Souveränität und mithin die Aufgabe selbständigen Regierungshandelns lassen dies nicht zu und werden von der Quadriga auch systematisch unterbunden. Die flächendeckende Enteignung der Menschen betrifft alle Bereiche und verlangt nach unorthodoxen Wegen. Wie diese abseits des herkömmlichen dominanten Kreditsystems möglich sein könnte, blieb ohne Antworten.

Ebenso unklar blieb, wie es gelingen könnte, hierzulande den Druck auf die Regierungen zu erhöhen. Und zwar nicht nur auf Berlin. Sondern hier wurde das Verhalten des hessischen Ministerpräsidenten in der Frage der Privatisierung der Flughäfen als besonders krasse Form der ökonomischen Erpressung kritisiert.

Bei aller Motivation zur Unterstützung und großer Hilfsbereitschaft, war die Ratlosigkeit hinsichtlich konkreter Kooperation greifbar. Die in Deutschland sehr geringe Resonanz auf die

Aktionen der hiesigen Initiativen wurde als lähmend empfunden.

Die Flüchtlingsfrage spielte nirgendwo eine gesonderte Rolle und wurde stets im Kontext europäischer Politiken gesehen und als weiteres Erpressungsmittel interpretiert. Der Zynismus, dass auch hier eine linke Regierung für unumstößlich gehaltene Prinzipien aufzugeben gezwungen ist, war den meisten sehr klar. Erstaunt waren viele eher darüber, dass es in Griechenland noch nicht zu Auseinandersetzung darüber gekommen ist.

In Verknüpfung mit dem Memorandum ist diese Frage für die meisten Griech*innen nur ein weiteres Beispiel dafür, wie sie allesamt vom Rest Europas behandelt werden.

Die Veranstaltungen bestätigten die Einschätzungen, dass es einen großen Nachholbedarf gibt in der Frage, wie sich diese Austeritätspolitiken in die Alltage einschreiben. Ebenfalls, was uns die Lage in Griechenland zeigt und auf was wir uns eventuell einzustellen haben.

Dem Wunsch, diese Reihe fortzusetzen, werden wir entsprechen. In der Planung sind hier weitere Veranstaltungen mit griechischen Genoss*innen über die Auswirkungen des Referendums und seiner anschließenden Nicht-Beachtung auf die Prozesse der Selbstorganisation und das Verhältnis zur Politik insgesamt. Auch die neue Runde der Abschöpfung von Ressourcen (bei denen unten) und die Bedeutung der Enteignung der öffentlichen Infrastruktur wird Thema dabei sein. Die Polarisierung der Räume in einige Inseln der Prosperität und einer darum sich gruppierenden Wüste für die meisten Menschen sollen diskutiert werden.

Ergänzende Bemerkungen zu den Veranstaltungen und Treffen in Freiburg

In Freiburg ging es im ersten Teil – Diskussion und Erfahrungsaustausch mit Gartencoop – um die Bedingungen, unter denen der Aufbau solidarischer Strukturen, hier solidarischer Landwirtschaft, stattfinden. D.h., es ging zentral um die Verfügbarkeit von Ressourcen, die dann die Realisierung der Vorstellungen ermöglichen.

Das Modell „Gartencoop“ schöpft hier aus einem hinreichenden Fundus. Seine Zusammensetzung folgt dabei der speziellen Situation der daran Beteiligten sowie deren Umfeld, ein Projekt, das in dieser Stadt zu außergewöhnlich günstigen Bedingungen durchgeführt werden konnte.

Die Einkommen der meisten Beteiligten sowie deren auch über dieses Projekt hinausgehenden Vernetzungen (Mietshäuser-Syndikat) bildeten eine aussichtsreiche Grundlage und ermöglichten einen Anfang in vielversprechender Größenordnung.

Zudem gestattet die Mitgliedschaft in regionalen Interessenverbänden wie der Wasserversorgung, eine verlässliche Kalkulierbarkeit der Betriebskosten. Eine Reihe von Maßnahmen zur Erweiterung der Kooperative bzw. ihrer Flächen und Erzeugnisse fällt ihnen nicht schwer, da sie entsprechende Mittel mobilisieren können.

Die Verzahnung mit anderen Bereichen geschieht auf alltäglicher Basis wie auch mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben, die vor allem aus der Öko-Bewegung hervorgegangen sind. Ihre anfänglichen Debatten konnten sich auf Fragen der inneren Struktur konzentrieren. Der Kreis der regelmäßigen Unterstützer*innen war immer ausreichend, um ein wirtschaftliches Handeln zu gewährleisten.

Gründungszweck war die Verbesserung der Lebensqualität, was mit einem Zusammenschluss leichter erreichbar ist. Ökologische und soziale Aspekte konnten problemlos verbunden werden. Die gemeinsamen Vorstellungen aller Beteiligten werden durch strukturierte Abläufe und Verfahren umgesetzt und gestärkt, was durch die schon erwähnte weitere Verzahnung in anderen Bereichen abgesichert und gestützt wird.

Die unterschiedliche Ausgangsposition von Per'volarides ist nicht zu übersehen und auch nicht zu vernachlässigen, geht es in Thessaloniki doch um den Kampf ums Überleben und das Fehlen der entscheidenden Ressourcen.

Die Freiburger Initiative war von Anfang Teil einer Bewegung, die sich durch unterschiedliche Milieus zog. Vor allem stellte die Intervention eben keine Überlebensfrage dar.

Für Per'volarides sind die in Freiburg entstandenen Organisationsstrukturen und auch die im Fortgang entstandenen Formen der Professionalisierungen Orientierungspunkte. Ansonsten lässt sich gerade die Strategie und Taktik der Anfangsphase nicht übertragen.

In Griechenland ist die zu einem gelingenden Aufbau solidarischer Produktions- und Verteilungsstrukturen notwendige Verbindung städtischer Initiativen mit dem ländlichen Umfeld erst in den Anfängen und benötigt noch viel Energie und Debatten. Diese Art der Erzeuger-Genossenschaften

müssen erst noch die unerlässlichen Verbindungen mit den kleinbäuerlichen Betrieben herstellen. Zudem operieren Gruppen wie Per'volarides von einer prekären bis desaströsen Ausgangslage ihrer Mitglieder aus. Die benötigten Qualifikationen müssen sie sich noch aneignen, wobei sie nur sehr eingeschränkt auf Entwicklungen innerhalb des griechischen landwirtschaftlichen Bereiches zurückgreifen können (ökologischer Anbau usw.). Wenn sie die Selbstversorgung für die angeschlossenen Haushalte erreichen wollen, reichen die ihnen zur Verfügung stehenden städtischen Flächen nicht aus.

Verzahnungen

Hinzu kommen die Folgen der Memoranden, die in der Stadt zu massiven Kaufkraftverlusten geführt haben und noch weiter führen und auf dem Land gerade für kleine und mittlere bäuerliche Betriebe zu für diese kaum noch erträgliche Kostensteigerungen. Ganz abgesehen von der Steuer-Vorauszahlung, die sich an utopischen Vorgaben orientieren.

Per'volarides wie viele andere Graswurzel-Initiativen sehen sich einer Vielzahl zu lösender Probleme gegenüber, deren Verzahnung die Angelegenheit nahezu aussichtslos erscheinen lässt. Sie sind sicher nicht aus rein städtischen Zusammenhängen allein zu lösen – und auch nicht in kurzer Zeit.

Zuallererst müssen Wege gefunden werden, um laufende Kosten zu decken. Dazu gehören Aufwendungen für Energie, Wasser, Saatgut, Treibstoff, ganz unabhängig davon, ob städtische (Klein-)Flächen bewirtschaftet werden oder es gelingt, aufs Land auszuweichen.

Hier könnten einige Aspekte der Erfahrungen von Gartencoop zum Tragen kommen, aber auch ein überregionaler Unterstützerkreis wirksame Hilfe leisten.

Weiter müssen, soll es über Selbstversorgung hinausgehen, Tauschmärkte eingerichtet werden, die möglichst unabhängig von äußerem Kredit funktionieren.

Es gilt demnach zuerst eine lokale Grundlage zu schaffen, bevor mit überregionalen Absatzmöglichkeiten geliebäugelt werden kann. Die Grundbedarfe können nicht gedeckt werden, wenn es in erster Linie um Exportgüter geht – und für die Behauptung auf kapitalistischen Märkten fehlt es schlicht – an allem.

Das letzte Jahr

Nahezu ein Jahr nach dem Referendum hat es auf Seiten der Basisbewegungen offensichtlich keine entscheidende Weiterentwicklung gegeben, Regionen wie Kreta stellen die Ausnahme dar. Vernetzungen innerhalb der Gruppen, die gleiche oder ähnliche Projekte verfolgen, scheinen nicht wirklich weiterzuführen, weil es die prekäre Alltagspraxis nicht in hinreichendem Maße verändert. Während die Krise für die Mehrheit der Bevölkerung auf Dauer gestellt ist und die Regierung nicht

in der Lage ist, auch nur ansatzweise antizyklische Programme aufzulegen, einmal, da sie über keinerlei Haushalts-Hoheit verfügt, zum anderen, weil sie in ihrer Fixierung auf europäische Kredite planlos durch den Tag laviert, bilden sich effektive Gegenstrukturen nur zögerlich und unzureichend aus. Die Initiativen an der Basis stehen nicht nur einer kompakten Front der Kapital-Interessen gegenüber, sondern auch eines großen Teils der Bevölkerung, die eine abwartende Haltung eingenommen haben. Vom Schwung nach dem Referendum ist nicht viel übrig geblieben.

Gruppen wie Perivolarides oder die im Gesundheitswesen werden angesichts immer weiter und stärker schwindender Ressourcen in der Bevölkerung sich nicht auf Dauer halten können. Wenn es ihnen nicht gelingt, kollektive Trägerschaften zu entwickeln und zu behaupten. Dies gelingt aber nicht innerhalb partikularer Bewegungen, sondern nur als Teil gemeinschaftlicher Anstrengungen. Ein derartiger Aufbau horizontaler Verhältnisse kann nur abseits und in wesentlichen Teilen gegen die (Zentral-)Regierung und diesen Staat erfolgen. Die Aneignung des eigenen Lebens wird nicht in Verhandlungen auf europäischer Ebene erreicht, noch durch Befolgen der Auflagen der Gegenseite.

Innerhalb des neoliberalen Projekts zerfällt das politische Gebilde Griechenland zusehends in Sonder-Territorien der gesteigerten Kapital-Akkumulation und den sich selbst überlassenen Rest, bei gleichzeitiger buchstäblicher Auspressung der Bevölkerung.

In Griechenland ist die repräsentative liberale Demokratie nur noch als Fassade und zur Legitimation jeglicher Form von Repression präsent.

Anmerkungen 2

Mit einigem Abstand zu den Veranstaltungen sind einige Aspekte internationaler Solidarität klarer hervorgetreten, die bislang eher am Rande gehandelt wurden oder überhaupt nicht auf der Agenda waren. In erster Linie betrifft dies die doch mittlerweile qualitativ unterschiedliche Situation sehr vieler Menschen in Griechenland, die hierzulande schon weit am Rande des eigenen Vorstellungsvermögens zu liegen scheint.

Wenn in den Diskussionen ein Feld eine profunde Ratlosigkeit offenbarte, dann in den Fragen, wie es möglich sein könnte, solidarische Strukturen aufzubauen, ohne auf Ressourcen (was nahezu identisch ist mit Kredit) zurückzugreifen. Diese „finanzialisierte“ Denkweise trifft gleichermaßen auf beide Seiten zu und stellt Versuche, solche Alternativen in Angriff zu nehmen, vor erhebliche Schwierigkeiten.

Nun ist es nicht so, dass wir in diesen Fragen bei Null beginnen müssten. Es gibt und gab eine Reihe von Ansätzen in der Arbeiterbewegung, die man sich in Erinnerung rufen sollte. Gemeinsam

ist ihnen, dass die Beteiligten eine Entscheidung getroffen haben, einen bestimmten Weg einzuschlagen, dass klare Positionierungen eingenommen wurden.

Wir kämpfen aktuell mit den Vorstellungen und Versprechungen von Stadt als Opportunitäts-Raum, in dem es gilt, stets zur rechten Zeit am rechten Ort zu sein, um nur noch zugreifen zu müssen, ja die Chance auf den Hauptgewinn nicht zu verpassen. In diesem Raum ist die jederzeit zu präsentierende Dienstbarkeit Voraussetzung, was wiederum die Fixierung auf die laufenden Entwicklungen im Sinne der Herrschaftsverhältnisse verlangt, um jene ominöse Chance nicht zu verpassen.

Da eine Entscheidung *für etwas* diesen Möglichkeitsraum einengt, erscheint eine solche inopportun. Dabei bleibt unbeachtet, dass es weniger darum geht, von einer Sekunde auf die andere, alle Brücken abzurechen, sondern um die Voraussetzung für die Wünsche und Vorstellungen von eigenen guten Leben zu schaffen. E stellt sich auch nicht die Frage, seine bisherige Qualifikation als wertlos zu verwerfen, sondern sie in anderen Kontexten weiter zu entwickeln.

Sicher geht es darum, einige Folgen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung tendenziell zurück zu nehmen. Und ganz sicher geht es darum, mit einigen Mythen über „Stadt“ aufzuräumen.

Wie dies allerdings unter den gegebenen Herrschaftsverhältnissen zu bewerkstelligen sein sollte, benötigt noch etliche Debatten und Versuche.

Griechenland ist aktuell das Exerzierfeld, umfassend und flächendeckend, mit den Illusionen staatlicher Demokratie aufzuräumen, insbesondere mit deren fordistisch-keynesianischen Ausformungen.

Wenn demnach zusammen kommt, dass Forderungen an den Staat kontraproduktiv sind und die Stadt für wachsende Teile der Bevölkerung diesen Möglichkeitsraum eben nicht mehr eröffnet, die Versprechungen dieses Systems nur noch für wenige erfüllbar sind, hat es aufgehört, nur noch eine Verteilungsfrage zu sein. Dieses System wird nie Reichtum für alle ermöglichen.

Damit stellt sich die Frage nach Alternativen grundsätzlich, geht es nicht mehr um Marktnischen.

Im Unterschied zu den Regionen, die als globale Knoten funktionieren, verlieren städtische Räume der Peripherie, wenn ihnen das zentrale Instrument des Kredits entzogen wird, die Fähigkeit als Job-Maschinen zu wirken, insbesondere in den Fällen, in denen diese Peripherie keinen nennenswerten Produktions-Standort mehr darstellt, wie dies in Griechenland gerade zu beobachten ist. Damit entfällt auch eine der Grundlagen in Richtung Subsistenz, denn es mangelt an Gebrauchswerten, die auf alternativen Märkten getauscht werden könnten. Dies ist umso gravierender als die Stadt auf Importe angewiesen ist, die ihre Grundbedarfe decken.

Kurz: es geht derzeit in Griechenland nicht mehr um ein reines Verteilungs-Problem, sondern ganz grundsätzlich um einen Neuaufbau der Volkswirtschaft, da die gesamte Region bis auf die

Tourismus-Industrie an und über den Rand der Verwertungsketten gedrängt wird.

Wenn in Diskussionen über Griechenland der Begriff des Protektorats auftaucht, ist dies sicherlich eine Überzeichnung, allerdings findet mit zunehmender Beschleunigung eine Polarisierung statt, die nicht nur im gesellschaftlichen Gefüge vor sich geht, sondern auch geographische Auswirkungen hat.

Der Privatisierungs-Katalog gibt hier einige Hinweise. Griechenland läuft Gefahr, dass sich Inseln der Prosperität entwickeln, Sonder-Entwicklungs-Zonen ähnlich, während der Rest des Landes sich selbst überlassen wird und bestenfalls als Rohstoff-Quelle noch in Frage kommt.

Schluss

Es ist gelungen, viele Kontakte herzustellen, um solche Berichte aus Griechenland zu wiederholen und auch die Debatte am Leben zu halten, was konkrete Solidarität und hierbei horizontale Strukturen bedeuten. Vielleicht ist es auch gelungen, andere Blickwinkel zu ermöglichen, zeigt doch das griechische Beispiel, wie wenig ein Wechsel an der Regierung in Wirklichkeit bedeutet. Dass hier ein weiteres Kapitel der sozialdemokratischen Agenda geschlossen werden muss, wird mit jedem Tag offensichtlicher und mit jeder Verschleuderung öffentlichen Eigentums wird es für die Menschen dort schwieriger, ihre Grundbedarfe zu decken.

Dass die Zerschlagung der Solidar-Systeme in Griechenland kein Ausrutscher ist und über kürzer oder länger auch bei uns eine qualitative Grenze überschreiten wird, scheint hierzulande wenig vorstellbar. Die Auswirkungen auf den Alltag klingen denn auch wie Berichte aus Afrika oder einer fernen Vergangenheit, die schnell zur Zukunft all jener werden könnte, die sich nicht in den Zentren der Kapital-Akkumulation aufhalten.

Der Verlauf des bislang umgesetzten Sozialabbaus in diesem Land lässt vermuten, dass die Menschen hier ebenso unvorbereitet angetroffen werden, wie dies in Griechenland zu beobachten war.